



Zum Frauentag ein Blick in die Zukunft: Werden bald mehr Frauen in Männerberufen tätig sein? Wann bekommen Frauen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn? Wann wird der Niedriglohnsektor abgeschafft, in dem vorrangig Frauen für wenig Geld arbeiten müssen? **Maria**, mit Handschuhen und Leiter bewaffnet, macht z. Z. ein Praktikum im Deutschen Bundestag im Büro von Gesine Lötzsch.

Ich sag mal ...



Seit 7 Wochen bin ich Oma. Das kleine Mädchen wurde sehnlichst erwartet, nun ist die Freude riesig. Die frisch gebackene Mama hat alles gut überstanden, die Kleine ist gesund. Der Unterschied zwischen Tag und Nacht ist ihr egal und macht nur den Eltern zu schaffen.

Niemand mag vorhersagen, in welche Richtung Kinder sich entwickeln. Ob unsere kleine Maus mal künstlerische Ambitionen entwickelt oder ihr Fremdsprachen liegen oder sie lieber mit Zahlen und Formeln jongliert, bleibt abzuwarten. Ihre Interessen, Begabungen und Talente herauszufinden und zu fördern, liegt in der Verantwortung der Eltern und der Schulen. Nun haben wir zwar noch etwas Zeit dafür, aber wie schön wäre es denn, wenn allen Kindern alle Bildungswege gleichermaßen offenstehen? Wenn auch Mädchen sich ganz selbstverständlich in bisherigen Männerdomänen verwirklichen können und z. B. Kfz-Mechatronikerin werden? Der „Girls Day“ bietet dafür in jedem Jahr Orientierungsmöglichkeiten an, diesmal am 26. April. Für Gleichberechtigung und Emanzipation kämpfen wir schon etwa 100 Jahre; bleibt zu hoffen, dass die Chancen für Mädchen in Technik und Handwerk nicht so lange auf sich warten lassen.

ANDREA SCHACHT

Mitglied des Bezirksvorstandes

Lichtenberg würde gewinnen

Wenn Sie die Zeitung in der Hand halten, dann ist vielleicht schon wieder alles ganz anders. Die SPD verkündet am 4. März, ob sie in die Regierung geht oder nicht. Entscheidet sich die Basis gegen den Koalitionsvertrag, dann gibt es Neuwahlen. Falls der Vertrag angenommen wird, dann stellt sich für mich die Frage, was bringt er den Lichtenbergerinnen und Lichtenbergern. Gut finde ich, dass das Kindergeld pro Kind um 25 Euro erhöht werden soll. Schlecht finde ich, dass viele arme Kinder davon nichts haben werden, denn das Kindergeld wird auf den Hartz-IV-Satz angerechnet. Sorgen macht mir das

Auslaufen der Mietbremse. Sie hat zwar nie richtig funktioniert, aber sie ist immer noch besser als gar keine Bremse. Vermieter müssen in Zukunft die Miete, die der Vormieter gezahlt hat, angeben. Das ist gut, aber nicht wirklich ein Mittel gegen steigende Mieten. Der Berliner Mietereverein sieht darin keinen Beitrag, den schnellen Mietanstieg zu bremsen. Von 2007 bis 2015 sind in Berlin die Mieten um 50 Prozent gestiegen und damit schneller als in jeder anderen Stadt. Auf diese Entwicklung gibt der Koalitionsvertrag keine Antwort. Ein kostenloser öffentlicher Nahverkehr wurde jetzt von der amtierenden

Regierung vorgeschlagen, um Fahrverbote für Dieselfahrzeuge zu verhindern. Das klingt gut, aber keiner sagt, wer das bezahlen soll. Es gäbe eine Lösung: Eine gerechte Steuerreform, die die 45 Deutschen belastet, die genauso viel besitzen, wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Doch Steuererhöhungen haben CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag ausgeschlossen. Das ist der Kardinalfehler! Unsere Gesellschaft wird nur gerechter und das Leben in ihr lebenswerter, wenn wir den Reichtum in unserem Land besser verteilen. Lichtenberg würde dabei ganz klar gewinnen.

GESINE LÖTZSCH

Aktiv:

Interview mit Marion Heinrich, einer Rentnerin im Unruhestand.



Abseits:

Nur wenige Bundesbehörden in Ostdeutschland angesiedelt.



Angeschoben:

Ermäßigte Karten für den Tierpark durchgesetzt.



Pro & Contra:

Diskussion um das Berliner Neutralitätsgesetz.



KURZ GEMELDET

BAU AUF

Hier könnten bald bis zu 1.400 Wohnungen inklusive sozialer Infrastruktur entstehen. 14 Behörden und 22 Fachverwaltungen haben derzeit zur Entwicklung des Grundstücks Wartenberger Straße 4/10, Gehrenseestraße 1-2 und Wollenberger Straße 3/9 in Alt-Hohenschönhausen Stellung genommen. Damit wurden seitens des Bezirkes notwendige Voraussetzungen zur Weiterführung des Bebauungsplanverfahrens geschaffen. Nach Informationen von info links sind ab Ende Mai weitere Maßnahmen zu erwarten.



FRÜHLINGSGALA

Einen fröhlich-frischen Mix aus Gesang, Tanz und Instrumentalmusik verspricht die traditionelle Frühlingsgala, zu der die Bürgerstiftung Lichtenberg am 10. März um 17 Uhr ins Theater an der Parkaue einlädt. Die Eintrittsgelder von 15 Euro für Erwachsene, 10 Euro für Kinder, kommen auch in diesem Jahr unterschiedlichsten Vorhaben von Jugend und Altenhilfe, Sport, Kunst und Kultur zugute. Spenden erhielt beispielsweise der einzige integrative Triathlon Berlins, der „Oranke Open Triathlon“ sowie der Voltigierverein Spreeteam.

STARKER STANDORT

Das 2017 gegründete Unternehmensnetzwerk Herzbergstraße e. V. ist bereits auf 16 Mitglieder angewachsen. Sie setzen sich für die Sicherung des 190 ha großen Gewerbegebiets mit seinen rund 8.400 Menschen in den 850 Betrieben an dem traditionellen Industriestandort ein, u. a. mit der Anwerbung von Azubis, der Verbesserung der Anbindung mit Breitband-Internet und dem gemeinsamen Einkauf. Bei der nachhaltigen Weiterentwicklung ihres Gewerbegebietes werden sie vom Bundesforschungsprogramm „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ begleitet sowie mit Bundesmitteln, Bezirks- und Senatsgeldern finanziert.

■ www.herzbergstrasse.de

JOACHIM PAMPEL

Zamenhofpark – Tor zum Weitlingkiez



Dr. Rudolf Fischer, Vorsitzender des Deutschen Esperanto-Bundes während der Tafelweihe gemeinsam mit der damaligen Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich.

In der Liste prominenter Lichtenberger Parks und Plätze kommt sie recht selten vor: Die gerade mal 2.000 m² umfassende schmale rechteckige Parkanlage zwischen Einbecker, Rosenfelder Straße und Marie-Curie-Allee.

Vormals auch Rosenfelder Platz genannt, erhielt der Park 2009 nach dem Urheber der Esperantosprache Dr. Ludwig Zamenhof (1859-1917) den Namen „Zamenhofpark“. Die 125 mal 35 cm große Emailletafel am Ein-

gang kündigt „von der Absicht, sich für eine bessere und gleichberechtigte Verständigung der Menschen in aller Welt einzusetzen“. Auf Anregung des Deutschen Esperanto-Bundes, der die Tafelkosten von 2.000 € übernahm, und mit tatkräftiger Unterstützung der LINKEN hatte der Bezirk das Angebot zügig umgesetzt. Noch vor der Namensgebung waren vorhandene Büsche und Bäume in ein neues rechteckiges Wegesystem eingebettet. Im Zentrum der Rasenfläche legten die Gärtner Rondelle mit roten und gelben Rosen an und stellten Bänke auf. Im Zuge des Bürgerhaushalt 2012/2013 wurde der Park saniert.

In unmittelbarer Nähe zum Esperanto-Haus, dem langjährigen Sitz der Esperanto-Liga Berlin in der Einbecker Straße 36, gilt er neben seiner gewachsenen Erholungsfunktion im Stadtgetriebe nun auch als Adresse internationaler kultureller Begegnungen und als Anlaufpunkt für Esperanto-Touristen aus aller Welt. Darunter sind Gäste der jährlichen Zamenhof-Feste, die 2018 und 2019 in der Kiezspinne stattfinden, dem seit 2011 aktiven Mitglied der Esperanto-Liga Berlin. Der Zamenhofpark als Tor zum Weitlingkiez ist ein dauerhaftes Zeichen humanistischer Traditionspflege weit über Berlin hinaus.

JOACHIM PAMPEL

13 Millionen für Kitas, Grünflächen und Sport

Viele Jahre wurde die Infrastruktur in Berlin auf Verschleiß gefahren. Lichtenberg hingegen legte schon früher als andere Bezirke einen Schwerpunkt auf die Sanierung von Schulen und Sporthallen. Hier wird auch nicht mehr nur saniert, sondern es werden wie in der Wartiner Straße komplett neue Schulen gebaut. Nun legt Lichtenberg mit der neuen Investitionsplanung einen besonderen Fokus auf den Ausbau von Kitas und Grünflächen im Bezirk und die Erhaltung bestehender sowie den Bau neuer Sport- und Spielplätze. Insgesamt werden dabei noch einmal über 13 Millionen Euro in Maßnahmen investiert, die Lichtenberg als familienfreundlichen und gut

nachbarschaftlichen Bezirk weiter prägen werden. Obwohl in Lichtenberg in den vergangenen Jahren tausende Kitaplätze neu entstanden, fehlen hunderte Kitaplätze. Allein in den kommenden Monaten werden mehrere Hundert Plätze in den Kitas neu geschaffen. Die jetzt beschlossene Investitionsplanung unterstützt dieses Vorhaben mit weiteren 3,5 Millionen Euro.

Einen weiteren Schwerpunkt legt das Bezirksamt auf Grün- und Spielflächen. Die Neugestaltung des Spielplatzes Falkenberg und in der Biesebrower Straße, die Sanierung eines Kletterfelsens, die barrierearme Gestaltung des Fennpfuhlparks und des

Lichtenberger Stadtparkes stehen genauso auf der Agenda, wie die Neugestaltung des sanierungsbedürftigen Ehrenmals in der Küstriner Straße.

Für uns ein weiterer großer Erfolg und Grund zur Freude: Seit über 20 Jahren redet die Politik über die Schaffung eines Sportplatzes in Karlishorst, welche seit vielen Jahren für die Bürgerinnen und Bürger ein wichtiges Anliegen ist und auch immer wieder an mich herangetragen wurde. Nun ist es soweit, Dank der Investitionsplanung und der harten Verhandlungen der letzten Wochen. Gut für Karlishorst – gut für Lichtenberg. Lichtenberg machen!

MICHAEL GRUNST

Plötzlich Rentnerin

Marion Heinrich hat immer gern und viel gearbeitet. Doch plötzlich wird sie krank. Jetzt ist sie Rentnerin. „info links“ hat mit ihr über den neuen Lebensabschnitt gesprochen. | Von KLAUS SINGER

■ Marion, kannst du in wenigen Stichpunkten dein Arbeitsleben zusammenfassen?

Ich wollte schon mit 12 Jahren Journalistin werden. Mit 18 Jahren begann ich beim Fernsehen der DDR ein Volontariat. Mein Traum, Auslandskorrespondentin zu werden, endete beim KWO-Betriebsfunk. Dorthin delegierte mich das Fernsehen gleich am Beginn für ein halbes Jahr.

■ Das muss doch ein Schock gewesen sein, oder?

Na, ich war nicht begeistert. Doch nach kurzer Zeit hat es mir doch Spaß gemacht.

■ Wie ging es weiter?

Das geht nur im Telegrammstil, sonst dauert es zu lange: Ich habe nach dem Studium an der Karl-Marx-Universität das Wissenschaftsmagazin AHA mit aufgebaut, war dann Moderatorin im 2. Programm. Später wurde ich Redaktionsleiterin im Kinderfernsehen und nach der Wende – wie alle – entlassen. Ich hatte Glück, kam bei einer privaten Filmfirma unter, arbeitete später als freie Mitarbeiterin für den MDR und andere Sender. 2005 machte ich für die PDS zum ersten Mal beim Wahlkampf mit. Als Gesine Löttsch Parteivorsitzende der LINKEN wurde, wurde ich ihre Pressesprecherin.

■ Dann wurdest du krank...

(Lacht) Das hat aber nichts mit Gesine zu tun, die Krankheit kam später. Nach eineinhalb Jahren rieten mir meine Ärzte, die Erwerbsunfähigkeitsrente zu beantragen. Da war ich 61 Jahre.

■ Plötzlich Rentnerin, wie hast du dich gefühlt?

Ich habe immer sehr gern gearbeitet und alles, was ich beruflich in meinem Leben erreichen wollte, habe ich erreicht. Jetzt hatte ich Lust auf Neues. 2015 begann ich eine Ausbildung zur ehrenamtlichen Hospizbegleiterin.

■ Ist das nicht eher deprimierend?

Nein, im Gegenteil. Diese ehrenamtliche Arbeit gibt mir sehr viel Energie. Der Tod gehört zum Leben dazu. Die Menschen, die ich betreue, erzählen mir ehrlich und interessant über ihr Leben. Ich betreue z. B. seit drei Jahren eine alte Dame mit Parkinson. Wir mögen uns und die Dankbarkeit ist beiderseits. Das ist ein erfüllendes Gefühl.



©KLAUS SINGER

„Sich um einander kümmern ist doch schön, menschlich. Für mich ist das Reichtum“ – nach diesem Grundsatz lebt Marion Heinrich.

■ Einmal in der Woche gehst du in eine Ballettschule...

Ja, seit 2014 trainiere ich Klassisch im „Ballettstudio Brigitte Bätz“ in Müggelheim. Schon als Kind wollte ich immer zum Ballett, doch es blieb ein Traum. Jetzt, wo ich endlich Zeit habe, gab's keine Ausreden mehr. Wir sind Frauen mit normalen Berufen, zwischen 40 und 84 und tanzen einmal in der Woche zwei Stunden. Wir sind auch schon im Haus der Russischen Kultur aufgetreten und am 16.12.2018 zeigen wir dort wieder unsere neue Gala.

■ Immer noch nicht genug?

Nein, als Pressesprecherin besuchte ich mal die Staatliche Ballettschule

Berlin. Prof. Stabel, der Direktor der Schule, wollte mich gleich „abwerben“. Vergeblich. Doch als Rentnerin unterstütze ich jetzt ehrenamtlich die Öffentlichkeitsarbeit in der Schule, schreibe Posts für Facebook oder Presseeinladungen.

■ Was sagt denn dein Mann dazu?

Mein Mann war Balletttänzer und Regisseur. Er wusste, dass ich nicht zu Hause hocken kann. Er unterstützt mich und wir haben viel zu erzählen. Manchmal tritt er natürlich auf die Bremse. Wir haben ja auch sechs Enkel.

■ Wir sind ja noch nicht am Ende...

Gesine fragte mich, ob ich den Ver-

ein „Gemeinsam in Lichtenberg“ beim Chorsommer unterstützen könnte. Da konnte ich auch nicht nein sagen. Jetzt suche ich die Chöre aus, die am 30.6.2018 im Kulturhaus Lichtenberg singen werden.

■ Bist du wirklich berufsunfähig?

Eigene Grenzen zu erkennen ist schon wichtig. Rente ist ein neuer Lebensabschnitt, nicht das Ende von Ideen, Wünschen und Zielen. Ich brauche viele Menschen um mich: Kinder, Jugendliche, Gleichaltrige und auch Sterbende. Ich brauche den Austausch mit ihnen. Sich um einander kümmern ist doch schön, menschlich. Für mich ist das Reichtum.

Airbus

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz beschwerte sich Dirk Hoke, Chef der Rüstungs- und Raumfahrtsparte von Airbus, über den Koalitionsvertrag: „Mit den geplanten Erhöhungen des deutschen Budgets werden nicht einmal Inflation und das zu erwartende Wirtschaftswachstum ausgeglichen“, sagte der Manager im Gespräch mit der F.A.Z. „Ich wünsche mir daher eine handlungsfähige Regierung, die diesen Trend stoppt und ihrer Verantwortung in Europa endlich gerecht wird.“ Er forderte die Einhaltung des 2-Prozent-Ziels, wie es die NATO beschlossen habe. Das wären ca. 65 Mrd. Euro und damit fast doppelt so viel, wie die Bundesregierung gegenwärtig für die Bundeswehr ausgibt. Allerdings würden wir dann nicht sicherer leben, aber dafür weniger Geld für Bildung, die Sanierung von Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern haben. Aber vielleicht geht es Herrn Hoke gar nicht um mehr Sicherheit und mehr Verantwortung, sondern um eine höhere Rendite.

Berliner Schloss

Für die Fassaden des Schlosses sind bis Oktober 2017 43,3 Millionen Euro an Spenden eingegangen, so die Information an den Haushaltsausschuss des Bundestages. Spenden von 80 Mio. Euro hatte der Förderverein großspurig versprochen. Die Lücke muss jetzt der Steuerzahler schließen, damit die Bauarbeiten nicht gestoppt werden müssen. Ob die restlichen Spenden dann noch kommen, ist fraglich. Auf der Seite des Fördervereins wird der aktuelle Spendenstand mit 80 Millionen Euro angegeben, darin sind aber auch Planungsleistungen enthalten. Wie teuer diese Planungsleistungen sind, konnte man mir nicht sagen. Dieser Förderverein ist so transparent wie eine Black-Box.

St.-Hedwigs-Kathedrale

1952 bis 1963 wurde nach Plänen von Hans Schwipperts die im Krieg stark zerstörte Kirche wieder aufgebaut. Der Innenraum gilt als eine der bedeutendsten Schöpfungen der Nachkriegsarchitektur. Das will das Erzbistum Berlin jetzt zerstören. Dagegen gab es massive Proteste aus der Gemeinde und der Fachwelt. Die Oberste Denkmalschutzbehörde musste – nach Aussage des Kultursenators Klaus Lederer – dem Umbau zustimmen. Für mich ist es unfassbar, dass die Bundesregierung diese Kulturzerstörung noch mit insgesamt 11 Mio. Euro fördert. GESINE LÖTZSCH

Ostdeutschland im Abseits

Der Bundestag hatte 1992 beschlossen, dass eine „annähernd ausgewogene Verteilung von Bundeseinrichtungen und -institutionen über alle Länder erreicht (werden soll).“

Die Bundesregierungen konnten diesen Beschluss eigentlich nie vergessen, da wir sie seit 26 Jahren daran erinnern. Trotzdem wird Ostdeutschland von CDU/CSU und SPD systematisch benachteiligt, wenn es um die Ansiedlung von Bundesbehörden und außeruniversitären Forschungseinrichtungen geht.

In den Jahren 2014 bis 2017 wurden 23 neue Bundeseinrichtungen und vom Bund finanzierte außeruniversitäre Forschungseinrichtungen neu eingerichtet.

Davon wurden nur drei in Ostdeutschland, 10 in Westdeutschland (fast nur in NRW, Bayern, und Baden-Württemberg) und 10 in Berlin-Mitte geschaffen. Um nur ein Beispiel zu nennen: In Bayern wurde das Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung eingerichtet. Ich frage mich, warum man ein solches Institut in Regensburg und nicht an der deutsch-polnischen Grenze, z. B. in Cottbus ansiedeln kann. Sicherlich kann jeder Wissenschaftler begründen, dass sein Institut aus wissenschaftsinternen Gründen in der Nähe seines Einfamilienhauses stehen muss. Es gibt sehr gute politische Gründe und klare Beschlüsse, die für eine Ansiedlung des Instituts in Ostdeutschland sprechen. Die einzige neue Bundeseinrichtung in Ostdeutschland ist die Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste (in

Magdeburg), die von zwei westdeutschen Vorständen geleitet wird.

Als Gründe für die jeweilige Ansiedlung nennt die Bundesregierung die Übernahme bestehender Strukturen und die Anbindung an lokale Wirtschaft und Gesellschaft. Bekanntlich bestehen in Ostdeutschland, wie z.B. in Leipzig, Dresden und Jena Wissenschafts- und Wirtschaftsstrukturen, die sehr wohl neue Institutionen integrieren könnten.

Hinter vorgehaltener Hand wird auch gern das Argument bemüht, dass man den Bundesbeamten nicht zumuten könne, nach Ostdeutschland zu ziehen. Dieses Argument hatte ich gleich nach dem Umzugsbeschluss „Bonn-Berlin“ immer wieder gehört. Trotzdem mussten – teilweise unter lautstarken Protesten – Bundesbehörden nach Ostdeutschland wechseln. Warum soll das heute nicht mehr gehen?

Die Bundesregierung versucht mit faulen Ausreden, vom eigentlichen Problem abzulenken: Ostdeutschland hat in der amtierenden Bundesregierung keine Lobby. Auch den ostdeutschen Bundestagsabgeordneten und Ministerpräsidenten fehlt die Durchsetzungsfähigkeit, wenn es um solche wichtige Strukturentscheidungen geht. Wenn schon in den vergangenen 28 Jahren kein einziges DAX-Unternehmen in den Osten gezogen ist, dann ist es die Aufgabe der Bundesregierungen, einen gewissen strukturellen Ausgleich zu schaffen. Dieser Ausgleich – obwohl per Beschluss des Bundestages gefordert – ist nie erfolgt. GESINE LÖTZSCH



Gesine Löttsch besuchte Walter Gaucks, den Vorsitzenden der Jugend-Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, in der KULTschule. In einem Gespräch ging es um die weitere Zusammenarbeit mit Spätaussiedlern, die in Lichtenberg leben.

5000
ZAHL DES MONATS

Wenn man dieser Tage die vermeintlich so weite Welt des Internets betritt, scheint es mit ihrer vielgerühmten Meinungsvielfalt nicht besonders weit her. Liest man die Kommentare zu brisanten Themen – ob unter Zeitungsartikeln, bei Youtube oder Facebook & Co – macht einen die Vielzahl rechtsextremer Meinungen glauben, sie würden von der Mehrheit der Internetgemeinde vertreten werden. Dass es sich hierbei häufig um gezielte und konzertierte Aktionen von rechten Netzaktivisten handeln könnte, ahnen nur wenige. Die bei AfD-Politikern längst zum Standardrepertoire gehörende Schelte öffentlicher Medien – gern über das Vehikel der bösen Rundfunkgebühren – ist dabei Teil ihres Wissens um das Propaganda- und Missbrauchspotential der sozialen Medien und des Internets.

So sollen laut Medienrecherchen auch im Wahlkampf 2017 Tausende rechtsradikaler Medienaktivisten Diskussionen im Internet gezielt manipuliert haben. Das zeigen Daten aus einem Netzwerk, aus dem solche Kampagnen gesteuert worden seien. Auf einer Plattform namens „Reconquista Germanica“ (dt.: „Die Rückeroberung Deutschlands“) haben sich zeitweise 5000 Nutzer – sogenannte Trolle – organisiert. Von dort aus haben sie Begriffe und Themen platziert, Gegner eingeschüchtert und beschimpft, die Bewertungen von Videos oder Äußerungen in sozialen Medien verfälscht und die Sichtbarkeit und Verbreitung von eigenen, häufig rassistischen Äußerungen künstlich erhöht.

Auch in der Welt des Internets gilt: Wehret den Anfängen!

TINKO HEMPEL

SPRECHSTUNDE

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

- Wahlkreisbüro, Zingster Straße 12, 13051 Berlin
- Telefon: 22 77 17 87, E-Mail: gesine.loetzsch@bundestag.de
- Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Löttsch: **Mittwoch, 11.4., 17.30–18.30 Uhr** Bitte anmelden unter Telefon 99 27 07 25 oder per E-Mail gesine.loetzsch@bundestag.de.



©ULRICH HAEGERT

Wir wünschen Ihnen erholsame Osterfeiertage!

Schulbau-Offensive mit Weitblick?

Berlin baut Schulen und das wie lange nicht mehr: Insgesamt 51 Schulneubauten und 72 modulare Ergänzungsbauten (MEBs) sind bislang im ganzen Land geplant. Zudem soll der Sanierungsstau an den Schulen aufgelöst werden. Dazu hat die rot-rot-grüne Koalition eine auf zehn Jahre angelegte Schulbau-Offensive geplant. Grund ist das rasante Wachstum der Stadt: So zogen allein im vorletzten Jahr rund 54.000 Menschen nach Berlin. Im Jahr 2030 könnte die Stadt nach Schätzungen des Berliner Senats bereits 3,76 Millionen Einwohner haben.

Die öffentliche Infrastruktur muss dieses Wachstum unmittelbar abfangen und ächzt teilweise bereits unter der Last. Für die Bezirke macht sich das in einem Mangel an Kita- und Schulplätzen besonders deutlich bemerkbar. Die Neuausrichtung der Investitionspolitik im Land kommt also gerade zur rechten Zeit.

In der Lichtenberger Schullandschaft lassen sich die Auswirkungen eines hektischen Baubetriebs bereits bewundern: Im Jahr 2017 wurden neun Sanierungsmaßnahmen abgeschlossen, in den Jahren 2018 und 19 folgt die Grundinstandsetzung von 12 Sporthallen. Sechs Schulgebäude sollen in den kommenden Jahren in Betrieb genommen werden. Neun modulare Ergänzungsbauten (MEBs) wurden bis Ende 2017 errichtet, weitere neun werden

folgen. Einige andere Maßnahmen befinden sich noch in der Abstimmung mit dem Land.

Eine derart umfangreiche Bautätigkeit birgt allerdings Tücken: denn die Erfüllung der bezirklichen Pflicht zur kurzfristigen Bereitstellung von Schulplätzen kann leicht verdecken, dass die Bautätigkeit Fakten für Jahrzehnte schafft. Rein rechnerisch werden z. B. durch die Aufstellung von modularen Ergänzungsbauten die nötigen Schulplatzkapazitäten vielerorts erreicht.

Eine andere Frage ist aber, ob damit auch der Grundstein für funktionierende Schulstandorte gelegt wird: Schulhöfe, Fachräume, Lehrerzimmer, Platz für Verwaltung sowie Schulbeköstigung können nur durch eine gewissenhafte Standortplanung abgesichert werden. Hinzu kommen die Anforderungen der Inklusion, zu deren Umsetzung die Bundesrepublik Deutschland sich völkerrechtlich verpflichtet hat.

Die Linksfraktion in der BVV fordert deswegen Transparenz und eine nachhaltige Schulentwicklungsplanung. Die Haushaltsüberschüsse des Landes Berlin (2,16 Milliarden Euro im Jahr 2017) müssen in der anhaltenden Niedrigzinsphase für den riesigen Investitionsbedarf der Stadt genutzt werden.

MICHAEL NIEDWOROK

KOMMENTAR



Jugend – jetzt mit Recht

„Jugend verschwindet“, „T_Rest“, „Mehr Geld in den Topf“ – Menschen, die sich im Kreise der Jugendarbeit bewegen, kennen diverse Kampagnen. Es gab zahlreiche, bisher erfolglose Versuche, Jugendarbeit und damit verbunden ihren unverzichtbaren Beitrag zu Bildung, Integration und Demokratie auf eine angemessene rechtliche und finanzielle Grundlage zu stellen. Neben der Schule und dem Elternhaus bietet doch gerade sie wichtige Freiräume, die junge Menschen selbstbestimmt und eigenverantwortlich gestalten und in denen sie ihre Persönlichkeit frei entfalten können.

Immer weniger Geld ist in den letzten Jahren in der Jugendarbeit angekommen: 10 Prozent der vom Senat zur Verfügung gestellten Mittel sollen in den Bezirken in die Jugendarbeit fließen. Da im SGB VIII Jugendarbeit nach § 11 aber eine freiwillige Pflichtaufgabe ist, wurden Bezirkshaushalte immer wieder anders beschieden – oft sogar mit unter 5% der zur Verfügung stehenden Mittel.

Unter Rot-Rot-Grün wurde in den Koalitionsvereinbarungen festgehalten, dass es hier nun mehr Rechtssicherheit geben muss – ein Jugendfördergesetz soll auf den Weg gebracht werden. Seit einigen Monaten wird hart daran gearbeitet. Der Plan bleibt sportlich: Bereits am Ende des Jahres soll es vorliegen. Doch was kann das Jugendfördergesetz leisten und was nicht? Es wird nicht mehr Geld im Topf geben, auch bleiben die Rahmenbedingungen gleich: die Kosten- und Leistungsrechnung wie auch die Budgetierung – wenngleich sie seit Jahren scharf kritisiert werden. Aber es geht nicht alles neu.

Die Diskussionen bei der Ausgestaltung des Gesetzes sind in vollem Gang, junge Menschen sollen beteiligt werden. In Lichtenberg fühlen wir uns gut vorbereitet, diese Prozesse im Bezirk zu steuern und alle AkteuerInnen einzubeziehen. Dazu dann demnächst mehr.

CLAUDIA ENGELMANN

Radwege durch Regionalpark Barnimer Feldmark werden beschildert



© PETER FISCHER

Erste Beschilderung im Wartenberger Teil der Barnimer Feldmark.

Die Wartenberger und Falkenberger Feldmark als Lichtenberger Teil des Regionalparks Barnimer Feldmark ist zu jeder Jahreszeit einen Besuch wert. Und, damit auch alle Besucher diese Landschaft erleben können und sich in ihr zurechtfinden, haben wir in die Februar-Sitzung der BVV einen Antrag zur Umsetzung von touristischen Maßnahmen für den Lichtenberger Teil des Regionalparks eingebracht – der auch angenommen wurde.

Wir möchten, dass die inzwischen benannten Wege beschildert werden, das Brandenburger Modell der Beschilderung von Radwegen – Knotenpunktschilder oder „Radeln nach Zahlen“ – auch in der Wartenberger und Falkenberger Feldmark angewendet wird und an markanten Stellen informative 3-Seiten-Tafeln – wie es sie in vielen Barnimer Orten gibt – Informationen zu Orten und Landschaft vermitteln.

Erste Ergebnisse der Umsetzung durch das Bezirksamt kann man auf den Wegen nördlich von Wartenberg schon sehen. Ich lade alle Lichtenberger mal zu einem Besuch der Feldmark und des Regionalparks ein – ob

zu Fuß, mit dem Fahrrad oder auch weiter draußen mit dem Auto.

Es gibt viel zu entdecken: die Landschaft zwischen Malchow und Ahrensfelde mit den Wiesen und Weiden – mit und ohne Rinder, Gräben und Tümpeln, Streuobstwiesen, Obstbaumalleen, die ehemaligen Rieselfelder, das Tierheim, die Gegend um den Gehrensee.

Und wenn man Berlin verlässt, gibt es viele weitere Ziele wie den Lenné-Park in Blumberg, den Haussee bei Seefeld-Löhme, die Draisinen-Bahn in Tiefensee, den Gamengrund, den Park in Börnicke, schöne Barnimer Dörfer, Hofläden, neu und gut gestaltete Radwege und gut befahrbare ruhige Landstraßen und Feldwege.

Am 24. März ab 10 Uhr findet übrigens der 22. Landschaftstag des Regionalparks in Blumberg statt mit dem Schwerpunktthema Naherholung und Mobilität. Da gibt es sicher wieder interessante Dinge zu erfahren.

Ich würde mich freuen diese(n) oder jene(n) Leser(in) dieses Textes mal in der Feldmark oder im Regionalpark zu treffen.

PETER FISCHER

Linker Einsatz für rote Eichhörnchen

Jede Gartenbesitzerin und jeder Gartenbesitzer sollte wissen, dass Regentonnen im eigenen Garten abzudecken sind, damit Tiere dort nicht ertrinken. Auf Bezirksebene ist dieses Wissen leider noch nicht angekommen. Auf dem Zentralfriedhof gibt es Wasserbecken, aus denen die Tiere

trinken und dann aus eigener Kraft nicht mehr herauskommen. Dies liegt auch an den senkrechten Innenwänden der Wasserbecken. Die Tiere ertrinken nach qualvollem Todeskampf. Wenn ein Muttertier im Becken ertrinkt, stirbt der Wurf im Nest ebenfalls.

Aus diesem Grund wird das Grünflächenamt nun, nach dem erfolgreichen Antrag der Linken in der BVV, Ausstiegshilfen in die großen Wasserbehälter legen. Diese Ausstiegshilfen sind keine komplizierten Gebilde, sondern einfach nur z. B. dicke Äste, die auf dem baumreichen Zentralfriedhof immer wieder anfallen. Sollten sie also Baumteile im Wasserbecken sehen, bitte lassen sie diese im Wasser liegen, das Becken ist groß genug um die Gießkanne zu füllen.

Der BVV-Antrag ist eine Übernahme aus Treptow-Köpenick, wo ihn die BVV auch beschlossen hat. Der Austausch dazu fand in der LAG Umwelt im Abgeordnetenhaus statt. In Lichtenberg gibt es seit dem 31.1.2018 auch eine Umweltgruppe. Interessierte Genossen und Umweltfreunde treffen sich jeden 4. Mittwoch im Monat im Bürgerstübchen von Marion Platza. Die Themenpalette ist groß: Überall im Bezirk fallen Grünflächen dem Bauboom zum Opfer, gleichzeitig suchen die Bewohner Erholungsflächen. Es gibt sogar schon einige Urban Gardening-Projekte. Die Umweltgruppe freut sich über weitere Mitstreiter, um den Bezirk vollständig abzubilden.

SILKE WENK



© EICHHÖRNCHEN - HILFE BERLIN/BRANDENBURG E.V.

Solch dicke Äste sind einfache Ausstiegshilfen für kleine Tiere.



© URSULA BAIER / EICHHÖRNCHEN - HILFE BERLIN/BRANDENBURG E.V.

Über den eigenen Tellerrand schauen



© MARION BAUMANN

Seit Januar 2018 ist Sebastian Füllgraff Mitglied der Fraktion DIE LINKE.

Sebastian Füllgraff gehörte neben Camilla Schuler zur Doppelspitze der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Lichtenberger BVV. Zusammen haben sie im Dezember 2017 ihre Fraktion verlassen und sind seit Januar 2018 Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. Nachdem im letzten Fraktionsreport Camilla ihre Beweggründe zu diesem Schritt dargelegt hatte, äußerte sich nun Sebastian im Gespräch mit Daniela Fuchs zu seinen Motiven.

Warum hast Du die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen verlassen?

Die Bündnis Grünen waren für mich lange Zeit eine Partei, die man perfekt zwischen Linkspartei und SPD verorten konnte. Im Laufe der Jahre entwickelte sie sich immer mehr zu einer Partei, die einige ihrer eigenen wichtigen Eckpunkte zu Gunsten einer

Regierungsbeteiligung zurückgestellt hat. Dieser Widerspruch zwischen geäußertem Ideal im Wahlkampf und tatsächlichem Handeln ließ sich für mich nicht mehr auflösen. Die Sondierungen auf Bundesebene oder auch das Handeln der Grünen in anderen Bundesländern zeigte dies immer wieder. Leider gab es auch innerhalb der Fraktion in Lichtenberg und dem Kreisverband immer stärker werdende Kommunikationsprobleme, die alle bedauerten, aber nicht zu lösen vermochten.

Welche Gemeinsamkeiten gibt es mit den LINKEN?

Eben und trotz der Vergangenheit der Linkspartei sehe ich Gemeinsamkeiten im Bereich der Sozialpolitik und einer fair-Verteilung von Ressourcen und Beachtung der Bedürfnisse aller Menschen in Deutschland. Für

mich persönlich sind die Themen der Inneren Sicherheit und Bürgerrechte besonders wichtig. Während die meisten anderen Parteien immer mehr die Ausweitung von staatlicher Überwachung zulassen, stehen die Linken dem kritisch gegenüber. Das unterstütze ich.

Worin besteht Deine Stärke? Wo kannst Du Dich einbringen?

Durch meine tägliche Arbeit im Kinder- und Jugendbereich sehe ich aktuell in dem Thema der Kinder- und Jugendpolitik meine Stärke und möchte mich auf dieser Ebene mit und für die Fraktion in Lichtenberg einsetzen. Insbesondere den Kontakt mit BürgerInnen oder Mitgliedern der LINKEN und dem damit verbundenen Austausch sehe ich für mich als sehr wichtig an, um auch über den eigenen Tellerrand zu schauen.

Zuhause in Lichtenberg

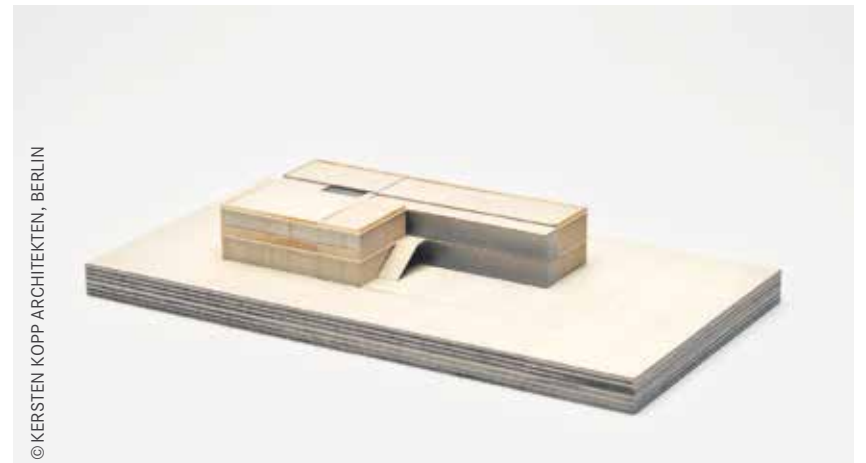
Es war ein langer und steiniger Weg, den die BewohnerInnen des neuen Wagenplatzes im Hegemeisterweg gehen mussten. Im Oktober 2016 wandten sich die ersten WagenburgerInnen an die Linke mit der Bitte um Unterstützung bei der Suche nach einem neuen Wagenplatz. Sie, die Menschen, die bisher auf einem Privatgrundstück in der Fischerstraße lebten, sollten nun das Gelände räumen, weil die Eigentümerin verkaufen möchte. Ein paar Monate später gesellte sich eine weitere Gruppe von WagenburgerInnen dazu, beheimatet auf dem Gelände der Gartenarbeitschule, dort, wo künftig die Parkstadt Karlshorst entstehen wird.

Mit großem Engagement gingen sie selbst auf die Suche nach Grundstücken und wurden im Hegemeisterweg fündig. Das Gelände gehört dem

Land Berlin und ist seit Ende Januar offiziell an die WagenburgerInnen vermietet. Die Fraktion brachte schon im September einen Antrag zur Sicherung alternativer Lebensformen in die Bezirksverordnetenversammlung ein und auch auf Landesebene unterstützten das Anliegen die Abgeordneten Hendrikje Klein und Harald Wolf. Anfang des Jahres gelang dann endlich der Vertragsabschluss zwischen der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) und den WagenburgerInnen. Mittlerweile ist ein Großteil der BewohnerInnen eingezogen und hat sich viel vorgenommen: Bau einer Gemeinschaftsküche, Anlegen von Hochbeeten, aber auch Workshops sollen von und für die NachbarInnen angeboten werden. Wir freuen uns auf weitere Begegnungen.

CLAUDIA ENGELMANN

Lichtenberg erhält erste modulare Kita



© KERSTEN KOPP ARCHITEKTEN, BERLIN

Modell eines MoKiB Typ 60+: So ähnlich könnte bald auch die Kita im Römerweg aussehen. Die konkrete Gestaltung vor Ort kann vom Modell abweichen, da die Baukörper in unterschiedlichen Varianten gefertigt werden.



© BÜRO HENDRIKJE KLEIN

Am Hegemeisterweg finden die Wagenburgen ihren neuen Platz. Der Mietvertrag ist unterzeichnet.

Der Ausbau von Kitaplätzen ist momentan eine der drängendsten Herausforderungen für das Bezirksamt Lichtenberg. Jetzt erhält der Bezirk einen MoKiB, einen sogenannten modularen Kitabau.

Als zuständige Jugendstadträtin freue ich mich, denn durch den innovativen Neubau werden in Lichtenberg weitere 60 Kitaplätze neu geschaffen. Nach einem gemeinsamen Prozess mit Jugendamt, Senatsverwaltung für Wohnen und Stadtentwicklung, Verbänden, freien Trägern und dem Kitaeigenbetrieb kann es

ab Herbst 2018 mit dem Bau losgehen. Nach derzeitigem Stand wird im Römerweg 106/112 dann ein MoKiB vom Typ 60+ mit zwei Geschossen errichtet. Zusätzlich könnten nach der ersten Prüfung der Senatsverwaltung noch zwei weitere MoKiB in Lichtenberg dazukommen. Die Beschleunigung des Kitaplatausbaus ist eins der Hauptanliegen für den Bezirksbürgermeister Michael Grunst und mich. Deshalb haben wir Anfang März die freien Träger im Bezirk zu einem Kita-Forum ins Rathaus eingeladen.

KATRIN FRAMKE

Karneval und Politik

Janneh Magdo



Janneh Magdo ist seit Februar 2018 Mitglied der Lichtenberger BVV-Fraktion der LINKEN.

Ein bunter Faschingshut schmückt das Büro von Janneh Magdo im Deutschen Bundestag und gibt der eher sachlichen Einrichtung einen fröhlichen Farbtupfer.

Zum Karneval hat Janneh eine besondere Beziehung. Sie stammt aus der linksrheinischen Kleinstadt Kamp-Lintfort. Außerdem fiel ihr Geburtstag am 1. März 1984 mit Altweiber zusammen. Das ist der Donnerstag vor Fastnacht und an dem Tag wird den Frauen für einen Tag die Macht zugestanden.

Man könnte darin ein Zeichen für den politischen Lebensweg der jungen Frau sehen. Das Rheinland ist seit jeher stark katholisch geprägt. Auch Janneh erhielt eine katholische Erziehung. Sie wurde sogar Messdienerin, d. h. sie assistierte während der heiligen Messe dem Priester am

Altar. Diese Erziehung muss nicht zwangsläufig in eine konservative Richtung gehen. Geprägt wurde sie von ihren Eltern, die eher links und grün eingestellt sind. Jannehs Vater ist Syrer, die Mutter Deutsche. Nach der Schule und dem Abitur studierte Janneh an der Universität Duisburg-Essen Erziehungswissenschaften und machte ihren Abschluss als Diplompädagogin. Eigentlich wollte sie in die Erwachsenenbildung gehen, doch 2007 verschlug sie es vor allem aus privaten Gründen nach Berlin. Seit 2008 ist sie Mitglied der Linkspartei. Seit 2012 ist sie in der Bundestagsfraktion angestellt und dort Referentin für Bildungspolitik. Janneh liebt besonders den Wahlkampf für die Partei auf der Straße, die Verteilaktionen von Flyern, Blumen usw., die

Plakatierungen und vor allem aber die Gespräche an den Infoständen. Sie hat keine Scheu, Menschen anzusprechen und mit ihnen zu diskutieren. Straßenwahlkampf und Straßenkarneval – Parallelen sind dabei nicht ausgeschlossen.

2011 kandidierte Janneh das erste Mal für die Bezirksverordnetenversammlung in Lichtenberg. Sie war damals im Ausschuss für Bildung und Jugendhilfe. Doch ein Höhepunkt war für die junge Genossin die „Schwampel“-Aktion. Im Juni 2015 beschloss die BVV Lichtenberg den gemeinsamen Antrag der LINKEN und der Grünen, eine gewisse Anzahl von Ampeln mit gleichgeschlechtlichen Pärchen einzuführen. Dafür sollte sich das Bezirksamt beim Senat einsetzen. Janneh erinnerte sich, wie das Projekt, das vor allem von ihr vorangetrieben wurde, vor dem Rathaus mit einer symbolischen Ampel vorgestellt wurde. Die Medien berichteten ausführlich darüber. Eine solche Aktion für Vielfalt und Toleranz war in Lichtenberg nicht erwartet worden. Seit Februar 2018 ist Janneh wieder Mitglied der Lichtenberger BVV-Fraktion. Sie ist für den ausgeschiedenen Andreas Prüfer nachgerückt. Es gefällt ihr, dass die Fraktion altersmäßig gut durchmischt ist. Sie freut sich auf die Ausschussarbeit und ist dabei themenoffen. Seit fast zwei Jahren leitet Janneh die BO 310 als Sprecherin. Diese BO hat zunehmend junge Leute in ihren Reihen. Die große Altersspanne ihrer Mitglieder ist auch hier eine Bereicherung. Gern werden dort Gäste aus dem Bezirksvorstand, dem Abgeordnetenhaus und Bundestag begrüßt. Als Fraktionsmitglied hat Janneh nun direkt die Möglichkeit, aus der BO Anträge für die BVV zu entwickeln. Themen gibt es genug. Den Genossinnen und Genossen liegen dabei besonders die verstärkte Bebauung ihres Umfeldes und die wohnortnahe Versorgung am Herzen. Janneh Magdo mag ihre Lichtenberger Plattenwohnung mit der schönen Aussicht aus dem 11. Stock. Ihr Lieblingsort im Bezirk ist der Tierpark, besonders mit seinen Elefanten. Sie schaut gern Filme und Serien und kocht gern syrische Gerichte. Sie spielt Gitarre und Querflöte. Auch privat ist sie glücklich. Aber dennoch vermisst sie den rheinischen Karneval ein ganz klein wenig.

DANIELA FUCHS

WANN UND WO

- **10. März, 10 Uhr**
Kiezspaziergang mit Bezirksbürgermeister Michael Grunst, Treffpunkt: Kh. Königin Elisabeth Herzberge, Herzbergstraße 79, Ankunft: Dong-Xuan-Center
- **12. + 26. März, jeweils 19 Uhr**
Fraktionsversammlung im Ratsaal des Rathauses Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **15. März, 17 Uhr**
Bezirksverordnetenversammlung, Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36

Kultur Tipp

„DIE BLECHTROMMEL“ Berliner Ensemble

Wie gestaltet man einen sperrigen Romantext für die Bühne um? Wie gelingt es einem Schauspieler, ein Theaterpublikum zwei Stunden zu fesseln?

Der BE-Intendant Oliver Reese schafft es und hatte mit Nico Holonics einen kongenialen Darsteller des Oskar. Der hatte angesichts der Verhältnisse beschlossen, nach seinem 3. Geburtstag nicht mehr zu wachsen und uns so die Moral-, Familien- und Gesellschaftsverhältnisse der braunen Zeit vor Augen zu führen.

Der Zwerg beobachtet die Reichskristallnacht, die Kriegsbesoffenheit und den folgenden Kriegskater, bis die Russen seinen Vater erschossen. Er nutzt den Moment und wirft seine Trommel und den anderen Krempel weg und beschließt zu wachsen – und einzugreifen. Die jungen Leute ringsum waren mucksmäuschenstill, um dann in ihren tosenden Applaus Bravorufe zu mischen.

JÜRGEN STEINBRÜCK

IMPRESSUM



Herausgeber:

DIE LINKE in der BVV Lichtenberg
V.i.S.d.P. Norman Wolf

Adresse der Redaktion:

Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin

E-Mail: fraktion@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.linksfraktion-lichtenberg.de

Telefon: (030) 90 296 31 20

Fax: (030) 55 92 307

Redaktionsschluss:

27. Februar 2018

Gestaltung: Uta Tietze

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

100 Jahre Frauenwahlrecht



Die Geschichte der Frauenemanzipation war kein Spaziergang, sondern ein langer und steiniger Weg: mit unzähligen Steinen, die uns Frauen in den Weg gelegt wurden und vielen Meilensteinen, die wir selbst gesetzt haben. In diesem Jahr steht der Internationale Frauentag im Zeichen des hundertjährigen Jubiläums des Frauenwahlrechts – höchste Zeit also, um Bilanz zu ziehen.

Wohin wir auch sehen, stellen wir fest: Es gab zweifellos beachtliche Fortschritte, die alle von uns Frauen selbst über lange Zeiträume hinweg hart errungen werden mussten. Nur

dadurch sind wir heute auf dem richtigen Weg, aber doch noch längst nicht am Ziel. Immer noch sind Frauen in der Politik unzureichend repräsentiert. Immer noch sind die Gehälter von Frauen durchschnittlich 21% geringer als von Männern, dafür leisten sie aber 52% mehr unbezahlte Sorgearbeit, also etwa Kindererziehung und Pflege, und arbeiten fast zur Hälfte in Teilzeit. Infolgedessen müssen Frauen sich am Lebensabend aktuell mit 53% geringeren Renten zufrieden geben. Es klaffen also immer noch überall Lücken: Repräsentationslücke, Entgeltlücke, Sorgelücke, Rentenlücke. Deshalb brauchen wir endlich die paritätische Beteiligung von Frauen an der politischen Willensbildung in Parlamenten, Ämtern und Gremien, die ebenbürtige Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen unter Berücksichtigung des Lebensverlaufs, eine Erhöhung der Familienfreundlichkeit im Arbeitsleben sowie gleiche Bezahlung bei gleicher und gleichwertiger Arbeit, den gleichen Zugang zu Führungspositionen und die gleiche Anerkennung der Lebensleistungen im Alter. Darauf müssen wir hinwirken, in Berlin ebenso wie auf Bundesebene. Die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern muss endlich beseitigt werden und zwar unverzüglich und nicht erst in weiteren 100 Jahren!

INES SCHMIDT

ANGESCHOBEN

Ermäßigter Eintritt für Berlinpass-InhaberInnen im Tierpark

An dieser Stelle berichten wir über Projekte, die die Lichtenberger LINKEN in den vergangenen Monaten und Jahren initiiert und auf den Weg gebracht haben.

Berlinpass-Berechtigte, wie z. B. EmpfängerInnen von ALG II und Sozialleistungen, können ab sofort wieder ermäßigt den Tierpark für 6 Euro besuchen. Im Februar 2016 hatte der Tierpark die Tarifstruktur geändert und diese Kategorie abgeschafft, so dass das Tagesticket für Berlinpass-Berechtigte seitdem 9 Euro kostete. Für eine Rückkehr zu den alten Rabatten hatte sich DIE LINKE Lichtenberg im Wahlkampf 2016 stark gemacht. Ab März 2016 hatten wir immer am Sonntag für die Rückkehr zu den alten Rabattgruppen vor dem

Tierpark Unterschriften gesammelt. Mit der Rückkehr zu den alten Rabatten wurde eine unserer Forderungen erfüllt. In vielen tausend Arbeitsstunden haben die BerlinerInnen Anfang der fünfziger Jahre ihren Tierpark aufgebaut. Für viele Generationen ist er seither ein beliebtes Ausflugsziel und das soll auch so bleiben. Darum müssen alle unabhängig vom Geldbeutel die Möglichkeit haben, ihren Tierpark zu besuchen. In den Haushaltsverhandlungen auf Landesebene für die Jahre 2018 und 2019 haben wir damit einen Teilerfolg erreicht. Der Tierpark erhält hierfür einen finanziellen Zuschuss. Leider gilt das Ticket nur wochentags. Für alle TierparkliebhaberInnen ist die Jahreskarte mit einem Preis für Erwachsene von 49 Euro zu empfehlen.

HENDRIKJE KLEIN

Von Mut und Verrat – Ausstellung über Sintifamilien im Nationalsozialismus



Zigeuner im Regen, Skizze von Ruth Baumgarte (194).

„Kann nur das beste Zeugnis geben – Karlshorster Sintifamilien im Nationalsozialismus“ ist der Titel der aktuellen Ausstellung im Museum Lichtenberg, die am 27. Januar anlässlich der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus eröffnet wurde. Die von der Historikerin Barbara Dankwort kuratierte Schau berichtet von außergewöhnlichen Ereignissen, von Denunziation und Verrat, aber auch von Mut, List und Zivilcourage deutscher Bewohner und von mehreren Sintifamilien in Karlshorst. Dank des mutigen, persönlichen Eintretens von Bewohnern der Gartensiedlung

„Wiesengrund“ in Karlshorst konnte u. a. der später als Jazzmusiker Alfred Lora bekannte Sinto Alfred Freiwald überleben. Die Notwendigkeit, an alle Opfer rassistischer Verfolgung im Nationalsozialismus, vor allem auch der Sinti und Roma, zu erinnern, betonte die Vertreterin des Vereins der Sinti und Roma in Berlin und Brandenburg, Annegret Herrmann, in ihrer Rede zur Eröffnung. Noch heute sind Menschen dieser als „Zigeuner“ diffamierten Volksgruppen Ausgrenzung und Verfolgung ausgesetzt.

Die Ausstellung ist bis 29. April, Di-Fr und So von 11 – 18 Uhr im Museum Lichtenberg im Stadthaus, Türschmidtstraße 24 zu sehen. Der Eintritt ist frei.

BIRGIT STENZEL



Immer sonntags haben die LINKEN vor dem Tierpark Unterschriften für ermäßigte Karten gesammelt.

Das Neutralitätsgesetz verteidigen

Auch in Berlin sind die Nachbeben des „Kopftuch II-Urteils“ des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) angekommen und haben eine kontroverse Debatte in Gesellschaft und Politik, auch in unserer Partei, über das Neutralitätsgesetz ausgelöst.

Obwohl von den Gegnern eine Änderung des Neutralitätsgesetzes als unumgänglich dargestellt wird, ist die Rechtsprechung des BVerfGs nicht eindeutig und unter Fachleuten umstritten. Vereinfacht gesprochen, stufte 2015 der erste Senat ein pauschales Verbot des Tragens von religiösen Symbolen in Schulen in Nordrhein-Westfalen als verfassungswidrig ein, denn dafür müsse eine konkrete Gefährdung des Schulfriedens vorliegen. Eine Senatsminderheit hielt die Regelung dagegen für verfassungskonform. Im „Kopftuch I-Urteil“ aus dem Jahre 2003 hatte der zweite Senat des Gerichts dies noch anders gesehen. Das Verhältnis beider Entscheidungen zueinander ist offen, die Verfassungswidrigkeit des Berliner Neutralitätsgesetzes alles andere als sicher.

Es lohnt daher, das Gesetz vor seinen Kritikern zu verteidigen. Beim Neutralitätsgesetz handelt es sich keineswegs um ein Instrument der verdeckten Diskriminierung von Muslimen, wie etwa das Beispiel einer Lehrerin aus Wedding zeigt,

der 2017 das Tragen eines Kreuzfixes untersagt wurde. Auch die Rede vom „Berufsverbot“ ist unangebracht, denn im Gegensatz etwa zu Geschlecht, Hautfarbe oder Behinderung ist die Religionsausübung keine von der Person untrennbare Eigenschaft, sondern eine freiwillige Praxis, bei der eine Zurückhaltung während des Dienstes zumutbar ist.

Doch wir dürfen die Diskussion generell nicht auf das Kopftuch verengen. Für uns steht die prinzipielle Frage nach dem Verhältnis von Staat und Religion im Vordergrund. Als Sozialisten und Laizisten halten wir die weltanschauliche und religiöse Neutralität des Staates, auch und gerade im sensiblen Bildungs- und Erziehungsbereich, für eine herausragende gesellschaftliche Errungenschaft. Das Berliner Neutralitätsgesetz stellt eine mustergültige Verkörperung dieses Prinzips dar und muss daher unbedingt verteidigt werden.

A. LEONHARDT, R. VERRESSOV

Das Neutralitätsgesetz verändern

Die Diskussion um das Neutralitätsgesetz in Berlin verläuft auf unterschiedlichen Ebenen: Wir haben die arbeitsrechtliche Ebene. Gerichtliche Urteile haben festgehalten, dass das Berliner Neutralitätsgesetz zulasten von Frauen ausgelegt wird, die ein Kopftuch tragen.

Und wir haben die religionspolitische Ebene: Das Grundgesetz garantiert das Recht auf Religionsfreiheit.

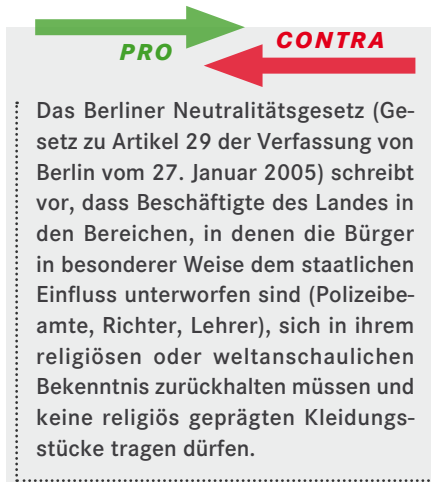
Wir haben die bildungspolitische Ebene: Die Schule ist ein Lernort und alle Kinder haben das Recht, die Vielfalt und Widersprüchlichkeit von Gesellschaft kennen und verstehen zu lernen. Gleichzeitig müssen sie die Sicherheit haben, dass sie nicht indoktriniert werden.

Wir haben die gesellschaftspolitische Ebene: Diskriminierungen aufgrund der Herkunft, des Geschlechts, der Weltanschauung oder Religion, des Gesundheitszustands sind unzulässig und zurückzudrängen.

Das Berliner Neutralitätsgesetz kommt zu dem Schluss, alle religiösen Symbole aus den allgemeinbildenden Schulen zu verbannen. Das heißt, formal werden alle Religionen gleich behandelt. Faktisch trifft das aber vor allem muslimische Lehrerinnen, die ein Kopftuch tragen. Ihnen wird mit dem Neutralitätsgesetz ein Beruf verwehrt. Ich kenne und respektiere die Argumente, dass LehrerInnen immer auch Vorbild für Kinder sind und dass TrägerInnen religiöser Symbole den Druck erhöhen können, dem viele Kinder ausgesetzt sind.

In der Abwägung der Argumente komme ich dennoch zu dem Schluss, dass die Diskriminierungswirkung des Neutralitätsgesetzes schwerer wiegt als sein Schutzgehalt für Kinder. In der vielfältigen Stadt Berlin gehören religiöse Vielfalt und Atheismus zur Normalität. Sich in der Vielfalt zu recht zu finden, gesellschaftliche Integration zu gestalten, beginnt im ganz Kleinen, in der Schulklasse. Deshalb ist es wichtig, dass Kinder auch von unterschiedlichen LehrerInnen unterrichtet werden, dass sie erfahren, dass in Berlin alle eine Chance haben zu lernen, zu studieren, gute Berufe auszuüben.

KATINA SCHUBERT



Ein Liebesbrief

„Karl Marx und ich“ unter diesem Motto haben wir Anfang des Jahres die Leser der info links aufgefordert, über ihre ganz persönlichen Bezugspunkte, die sie auch in der Gegenwart mit Karl Marx verbinden, zu schreiben.



© GEORGE P. WRIGHT - FAMILIE MARX PRIVAT - BERLIN 2005. PD-ALT-100, WIKIPEDIA.ORG/W/INDEX.PHP?CURID=6823701

Anlässlich des 160. Geburtstags von Karl Marx erschien in der Berliner Zeitung vom 29./30. April 1978 ein einseitiger Beitrag über ihn, in dem u. a. ein Liebesbrief an Jenny abgedruckt wurde, den ich so wunderbar fand, dass ich ihn mir aufgehoben habe: „Meine Liebe zu Dir, sobald Du entfernt bist, erscheint als was sie ist, als ein Riese, in die sich alle Energie meines Geistes und aller Charakter meines Herzens zusammendrängt. Ich fühle mich wieder als Mann, weil ich eine große Leidenschaft fühle. ...“

Es gibt in der Tat viele Frauenzimmer auf der Welt, und einige darunter sind schön. Aber wo finde ich ein Gesicht wieder, wo jeder Zug, selbst jede Falte die größten und süßesten Erinnerungen meines Lebens wieder erweckt? Selbst meine unendlichen Schmerzen, meine unersetzlichen Verluste lese ich in Deinem süßen Antlitz, und ich küsse mich weg über den Schmerz, wenn ich Dein süßes Gesicht küsse.“

RUTH BÖTTNER



Im Andachtsraum des Bundestages befindet sich das Kreuz aus Nägeln von dem Künstler Günther Uecker.

Bauen, aber richtig

Nach gut einem Jahr rot-rot-grünen Regierens ist der wohnungspolitische Kurswechsel erkennbar geworden. Wichtige Projekte des Koalitionsvertrages wurden begonnen oder sind bereits umgesetzt.

Die These, meine Senatsverwaltung und ich als linke Senatorin würden sich nicht genug um den Wohnungsneubau kümmern, gehört zur Rubrik „gefühlte Wahrheit“. Die Zahlen zum Wohnungsneubau stützen diese These nicht. Im letzten Jahr ist die Zahl der Baugenehmigungen für Mehrfamilienhäuser deutlich gestiegen.

Ohne Zweifel, die Bekämpfung der Wohnungsnot in Berlin erfordert Neubau. Aber es kommt darauf an, leistbare Wohnungen zu bauen, die die BerlinerInnen auch bezahlen können. Aus diesem Grund unterstützen wir die städtischen Wohnungsbaugesellschaften mit Geld und Grundstücken. Wir fordern im Gegenzug von ihnen, 50 Prozent ihrer Neubauwohnungen als Wohnungen für MieterInnen mit WBS-Anspruch zu errichten. Aus dem gleichen Grund werden wir auch Genossenschaften durch Förderung unterstützen und sie bei der Vergabe von landeseigenen



Senatorin Katrin Lompscher beim Spatenstich für den Neubau des Leonardo-da-Vinci Gymnasiums in Neukölln.

Flächen stärker berücksichtigen.

Klar ist aber auch, wer auf die Wohnungsfrage in Berlin eine soziale Antwort geben will, muss auch Maßnahmen für den Wohnungsbestand angehen. Deswegen haben wir die städtischen Wohnungsbaugesellschaften auf eine soziale Vermietungspolitik verpflichtet. Mieterhöhungen im Bestand wurden auf zwei Prozent jährlich gekappt, im sozialen Wohnungsbau wurden sie ausgesetzt. Die Mietzuschüsse des Landes wurden erhöht.

Der Senat unterstützt die Bezirke bei der Ausübung des Vorkaufsrechts und plant eine weitere Bundesratsinitiative zur Verschärfung des Mietrechts.

Gleichzeitig muss notwendiger Wohnungsbau im Einklang mit Grün- und Freiflächen, sozialer Infrastruktur und Gewerbeflächen erfolgen. BürgerInnenbeteiligung nehmen wir ernst. Das Berliner Wohnungsproblem ist zu lösen, Rot-Rot-Grün kann dabei nur gemeinsam erfolgreich sein.

KATRIN LOMPSCHER

Bildung ist essentiell für ein gutes Leben

Im Gespräch mit Petra Weitling

■ Warum bist du in DIE LINKE eingetreten?

Schon zu PDS-Zeiten war ich in Schulgremien und im Schulausschuss engagiert und um noch mehr bewegen zu können, bin ich in die PDS eingetreten. Mir macht es Spaß, mit Menschen zu arbeiten und mich für sie einzusetzen.

■ Du warst langjährige Sprecherin der AG Bildung und Schule. Was macht diese AG?

Die AG beschäftigt sich mit Themen, die Bildung betreffen: QuereinsteigerInnen, Schulneubau, -ausbau, -sanie rung. Es geht aber nicht nur um Schulen, sondern auch um Kitas oder Hochschulen. Wir besprechen politische Standpunkte und tauschen uns mit den Abgeordneten und den VertreterInnen im Senat aus. In diesem Jahr feiert z. B. das Projekt „Gemeinschaftsschule“ sein 10-jähriges Bestehen. Auch daran habe ich auf Landes- und Bundesebene mitgewirkt.

■ Welche Bedeutung hat die Digitalisierung für das Bildungssystem?

Die Digitalisierung ist einer der wichtigsten Bestandteile. Allerdings ist dafür Voraussetzung, dass an jeder Schule ein WLAN-Zugang vorhanden ist und es entsprechend geschultes Lehrpersonal gibt. Da gibt es noch einiges zu tun.

■ Was machst du im Bezirksvorstand?

Als Bezirksvorstandsmitglied beteilige ich mich an den Aktivitäten im Bezirk und darüber hinaus. Mir ist eine enge Kommunikation und Kooperation mit den BürgerInnen vor Ort sehr wichtig. Neben meinem Engagement in der LINKEN bin ich auch im Verein für ambulante Versorgung und dem Bürgerverein Hohenschönhausen Mitglied. Hier bekomme ich direkt mit, wo Hilfe benötigt wird.

■ Verbindest du einen besonderen Moment mit dem anstehenden Frauentag?

der „info links“, die Zeitung am S-Bhf Friedrichsfelde Ost verteilen. Bitte bei Andrea melden. Kontakt: andrea.schacht1@freenet.de.



Bezirksvorstandsmitglied
Petra Weitling.

Ja, als sich nach der Wende ein Dozent mit einem kleinen Blumentopf bei allen Frauen in der Runde bedankte, waren alle sehr gerührt. Es war schön zu wissen, dass dieser Tag nicht vergessen wurde und auch heute noch durch Leben gefüllt wird.

JULIA MÜLLER



MIT RAT & TAT

TERMINE

- **10.3., 11 – 13 Uhr**
Frauenfrühstück mit der LINKEN. Lichtenberg, Ines Schmidt, MdA und Hendrikje Klein, MdA, Kiezspinne, Schulze-Boysen-Str.
- **13.3., 15 Uhr**
Gedenken an die Opfer des Arbeiterwiderstandes vom März 1919 an der Lichtenberger Blutmauer, Möllendorffstr.
- **13.3., 18.30 Uhr**
Das Parteiprogramm der LINKEN aus wirtschaftspolitischer Sicht, (AG Pol. Bildung) Regionales Begegnz. Ost, Einbecker Str. 85
- **20.3., 18 Uhr**
Lesung mit Franziska Hauser „Die Gewitterschwimmerin“, Bürgerstübchen, Anton-Saefkow-Platz 4
- **26.3./16.4., 19 Uhr**
Beratung des Bezirksvorstandes, Alfred-Kowalke-Str. 14
- **28.3., 18.30 Uhr**
Treffen der AG Natürlich Lichtenberg – nachhaltig links, Bürgerstübchen, Anton-Saefkow-Platz 4
- **19.4., 19 Uhr**
Spieleabend „Pokern“, Casa del Popolo, Wahlkreisbüro Sebastian Schlüsselburg, Buggenhagenstraße 19
- **21.4., 10–16 Uhr**
Hauptversammlung der LINKEN. Lichtenberg, Kulturh. Karlshorst

SPRECHSTUNDEN

- **Ines Schmidt, MdA, WK 1**
fon 030 960 631 28, 21.3., 15 Uhr, am Infostand Ernst-Barlach-Str./Rostocker Str.
- **Marion Platta, MdA, WK 3**
fon 030 285 084 07, 14.3., 17 – 19 Uhr, Bürgerstübchen; Anton-Saefkow-Platz 4; 18.4., 17 – 18 Uhr, Bio-Kantine Suppe & Stulle, Konrad-Wolf-Str. 74
- **Hendrikje Klein, MdA, WK 5**
fon 030 232 525 60, 12.3./23.4., 17.30 – 18.30 Uhr, Alfred-Kowalke-Str. 14, Anm. unter: team@hendrikjeklein.de oder anrufen
- **Harald Wolf, MdA, WK 6**
fon 030 588 863 78, 16.4., 17 Uhr, Alfred-Kowalke-Str. 14, Terminvereinbarungen unter buero@harald-wolf.net oder telefonisch

info links-VerteilerInnen gesucht!

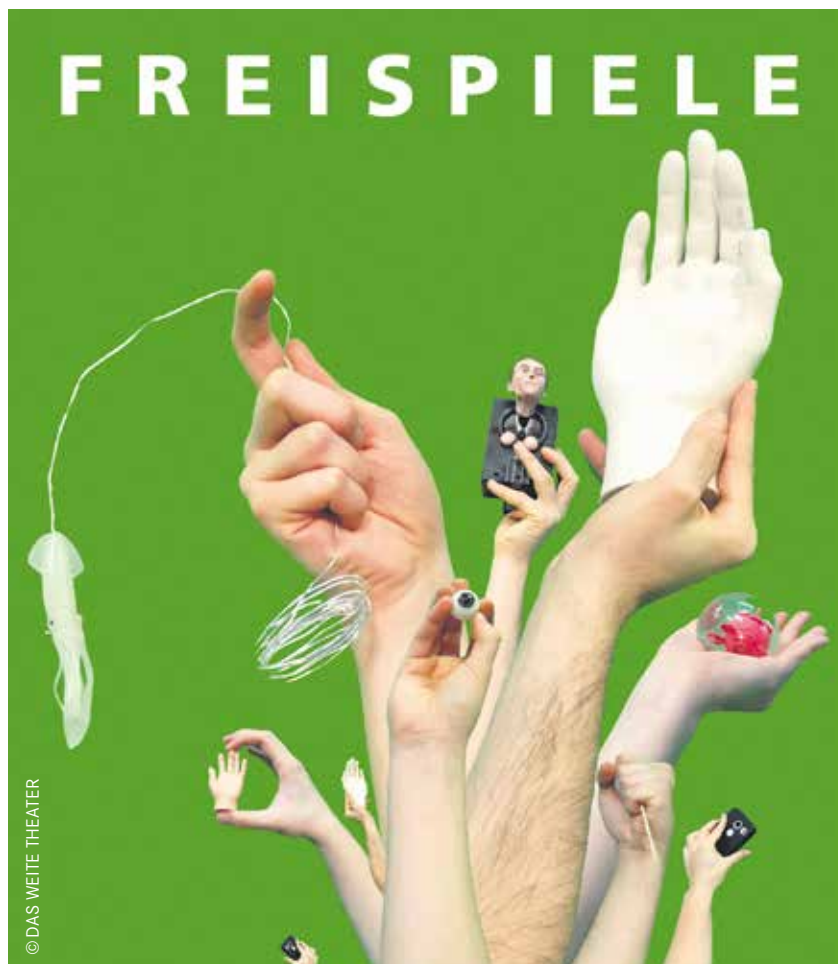
Die „info links“ sucht Frühaufsteher, die einmal im Monat, immer am ersten Freitag, 7.30 Uhr, nach dem Erscheinen

FREISPIELE im Weiten Theater

Aufregung, knisternde Anspannung, letzte Absprachen, Umarmungen für Kommilitonen und Eltern. Wein und vegane Schmalzstullen. Studierende der Abteilung Zeitgenössische Puppenspielkunst an der Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch zeigten Anfang Februar ihre Freien Vordiplome im kleineren der beiden Theater an der Parkaue, dem Weiten Theater.

Wie zur Absicherung steht in der Einladung etwas von „Labor für Halb-gares“ und einem „unerschrockenen Publikum“. Völlig unnötig! Denn die Stücke zeugten von philosophischem Tiefgang und handwerklichem Können. Zwei seien herausgegriffen: „Das Challenger Deep – Wo Wahnsinn und Einsamkeit sich gute Nacht sagen“ und „Coitus Cannibalus“. In beiden Stücken ging es um das gestörte Verhältnis Mensch und Natur und um die Konflikte von Menschen, die auf engstem Raum aufeinander angewiesen sind.

So klein „Das Weite Theater“ auch ist, verfügt es immerhin über zwei Bühnen und eine kleine Bar. Der Untertitel „Für Puppen und Menschen“ verrät, dass es sich nicht um das Puppentheater unserer Kindheit handelt,



Die Gewinner des Neujahrkartenrätsels erhielten von Gesine Jahreskarten für den Tierpark. Die richtige Antwort lautete: „Frodo“ ist aus „Herr der Ringe“. Viel Spaß!

bei dem es ein Missgeschick war, wenn die Menschen zu sehen waren. Puppen und Menschen treten hier in Interaktion, mal sind die Puppen die Stärkeren, mal die Menschen. Eingeladen sind Kinder und – regelmäßig abends – auch Erwachsene.

Im März ist ein Gastspiel des Theater des Lachens zu erleben: Wanderung durch die Mark – Ein High-math Abend. Ob bei der Planung schon zu erahnen war, dass wir demnächst ein „Heimat-Ministerium“ haben werden?
GESINE LÖTZSCH

■ **Das Weite Theater**
An der Parkaue 23
www.das-weite-theater.de

Die Geschäftsstelle der LINKEN in der Alfred-Kowalke-Straße 14 hat wie folgt geöffnet:

- montags 10 - 16 Uhr
- dienstags 13 - 17 Uhr
- donnerstags 13 - 18 Uhr

Montag, den 12.+19.3. geschlossen.

Außerhalb dieser Zeiten sind wir in der Regel nur nach telefonischer Vereinbarung erreichbar.

Geschäftsstellenleiterin:

Marina Richter-Kastschajewa

■ **Telefon: 030/512 20 47**

■ info@die-linke-lichtenberg.de

„info links“ wird herausgegeben von:

DIE LINKE, Landesvorstand Berlin

Redaktionsadresse:

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE

Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Fon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 516 592 42

Mail: info@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

V.i.S.d.P.: Gesine Löttsch

Redaktionsschluss:

Ausgabe März: 27. Februar 2018

Die nächste Ausgabe erscheint am

26. April 2018

Druck:

BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Gestaltung: Uta Tietze

Die „info links“ wird durch Spenden finanziert.

Spendenkonto:

DIE LINKE, LV Berlin / Lichtenberg

IBAN: DE 59 10 0708 4805 2560 7803

BIC: DE UT DE DB 110

Bitte immer Verwendungszweck

angeben:

810-503, info links, Ihr Name, Vorname

LESUNG

- **Montag, 19.3., 19 Uhr** Angelika Neutschel und Renate Geißler lesen Texte des Mahners und Friedensaktivisten Heinrich Böll, Bodo-Uhse-Bibliothek, Erich-Kurz-Straße 9, Eintr.: 4 €, erm. 3 €
- **Dienstag, 27.3., 18 Uhr** Gedrucktes „Anteil des Redens an der Affen-Werdung des Menschen“, Lesung, Gespräch mit Gesine Löttsch und Daniel H. Rapoport, Karl-Liebke-Haus, „Rosa-Luxemburg-Saal“, Kleine Alexanderstr. 28, Eintritt frei, Anmeldung erforderlich. Tel: 030-227-71787 oder gedrucktes@die-linke.de

KIEZ / FAMILIEN

- **Sonntag, 17.3., 10 Uhr** Familiensamstag „Das Stück vom schönsten Ei der Welt“, Bodo-Uhse Bib., Erich-Kurz-Str. 9, Eintr. 1 €

KONZERT

- **Sonntag, 11.3., 10 Uhr** Concert im Center „Musikalische Liebesgrüße zum internationalen Frauentag“, Lindencenter, Prerower Platz, Eintritt: 9 €, erm. 7 €

THEATER

- **Dienstag, 13.3., 18 Uhr** Theaterpremiere „Emilia Galotti“ von Lessing, Koproduktion mit dem Volkstheater Rostock, Theater an der Parkaue, Parkaue 24

COMEDY

- **Donnerstag, 22.3., 19 Uhr** „Heinz Erhard u.a.“, Christian Korten, Stimmenimitator und Comedy, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Eintritt: 18 €

SENIOREN

- **Donnerstag, 22.3., 14 Uhr** Latschenkino, Ihr Wunschfilm bitte, Begegnungsstätte im Warnitzer Bogen 8, Kaffeegedeck 2,50 €

AUSSTELLUNGEN

- **Mittwoch, 28.3., 19 Uhr** Ausstellungseröffnung, Hannelore Teutschl, Malerei; Reinhard Jacob, Skulpturen, Galerie 100, Konrad-Wolf-Str. 99, bis 13.05.
- **Donnerstag, 29.3., 19 Uhr** Ausstellungseröffnung, Gunnar Riemelt, Typobilder, Bilder zum Lesen, Galerie OstArt, Giselastraße 12, bis 03.05.